

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
18. Februar 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zeilin (Zunten), Wilhelmshöhe,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Franz Mehring zum 70. Geburtstag. — Kriegskosten und Volkslasten. — Aus der Bewegung: Eine öffentliche Frauenversammlung in Königsberg. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. Notizenteil: Burgfrieden. — Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenbewegung.

Franz Mehring zum 70. Geburtstag.

Von Wahrheit ich will nimmer lan,
Das soll mir bitten ad kein Mann,
Nuch schaffst zu stülen mich kein Wehr,
Kein Wann, kein' Aht, rote fest und seher
Man mich damnt zu schreden meinet.

Ulrich v. Hutten.

Wenn rasender Sturm das Meer peitscht und sich höher und höher türmende Wellenberge gegen das Schiff wälzen; wenn der hassenden Elemente Wut mit Menschenwerk und Menschenleben zu spielen und Menschenwillens zu spotten scheint: blicken wir mit Bewunderung und Vertrauen auf den Steuermann, der kühn und treu auf seinem Posten ausharrt, den Blick unverzagt auf das Ziel gerichtet, die Hand fest am regelnden Rad. Als solch ein Steuermann steht Franz Mehring an seinem siebzigsten Geburtstag in wildbewegter Zeit vor uns, steht er in der Geschichte. Als solch einen Steuermann grüßen ihn in tiefer Dankbarkeit die Sozialisten aller Länder, und zumal die deutschen Sozialisten, denen die Schlußflosung des kommunistischen Manifests nicht zum politischen Kinderpott geworden ist; als solch einen Steuermann grüßen ihn alle, die sich stolz und glücklich seine persönlichen Freunde nennen.

Wind und Wellen des imperialistischen Weltkriegs werfen die Grundfeste vieler voranschreitenden Sozialisten wie leere Nuschelale hin und her, ein Blutnebel nationalistischen Empfindens verdunkelt breiten proletarischen Massen das sozialistische Ideal, das ihnen früher wegweisend leuchtete. In den schweren Monaten des Versagens von Führern und Geführten hat Franz Mehring als internationaler Sozialist mit Theorie und Praxis, mit Bekenntnis und Tat den Kurs gehalten, der durch das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus bedingt ist. Von schwerster Ungunst der äußeren Umstände umlauert, Aug in Auge mit der Gewalt des Belagerungszustandes und der Zensur, durch die Rücken und Lücken des bureaukratisierten Parteimechanismus gehemmt, doch nicht bezwungen, hat der Siebzigjährige damit eine opferbereite Kühnheit betätigt, die Jünglinge beschämt. Für das geschichtliche Geschehen und seine Tragweite hat der „Literat“ eine Schärfe und Klarheit des Blickes bekundet, die ihm mancher sozialistische „Realpolitiker“ neiden könnte, in dem der Geist staatsmännischer Weisheit mächtig rumort. So ist Franz Mehrings Wort und Beispiel eine bedeutsame lebendige Kraft in dem Selbstbesinnungsprozeß, zu dem sich die sozialistischen Parteien aus der tragischen Krise zurückzufinden beginnen, von der sie in fast allen Ländern mehr oder weniger stark erschüttert, ja aufgelöst werden. Und es wird

zur würdigsten Krönung des reichen Lebenswerks, das der Theorie und Praxis des Sozialismus, das dem Befreiungskampf des internationalen Proletariats wertvollste Förderung gebracht hat und bringt.

Franz Mehring wurde am 27. Februar 1846 zu Schlarve in Pommern als Sohn eines Pastors geboren. Er besuchte das Gymnasium zu Greifswalde, studierte in Berlin Geschichte, Philosophie usw. und erwarb in Leipzig den Dokortitel. Der politische Kämpfer muß sich jedenfalls früh und bestimmend in ihm geregt haben. Dreiundzwanzigjährig beginnt Franz Mehring in der „Zukunft“ des aufrechten Guido Weiß zu schreiben, dessen strenge grundsätzliche Auffassung bürgerlicher Demokratie er teilte. Politisches Bekenntnis und politische Tat war schon für den jugendlichen Mehring eins. Mutvoll warf er sich — um ein treffliches Bild Wilhelm Liebknechts zu wiederholen — dem tosenden Niagara chauvinistischer Stimmung entgegen, die 1870 die Gemüter beherrschte. Mit den kernfesten Demokraten Johann Jakoby, Guido Weiß, Paul Singer und einigen anderen zusammen veröffentlichte er einen Protest gegen den Krieg. Kein kleines Wagnis in jenen Tagen, wie unsere Genossen von den eingeworfenen Fensterscheiben in Liebknechts Wohnung und der Sehe gegen diesen wie Nebel wissen.

Als Berichterstatter für die Parlamentskorrespondenz von Oldenburg hatte Franz Mehring von 1871 bis 1873 beste Gelegenheit, die parlamentarische Praxis mit ihrem Um und Auf wie die führenden Parlamentarier der einzelnen Parteien aus nächster Nähe zu beobachten. In den Jahren 1873 bis 1876 war er Mitarbeiter und dann Mitredakteur der „Wage“, die Guido Weiß herausgab. Nach dem Eingehen dieses tapferen Organs schrieb er für verschiedene Tagesblätter: die „Spenerische Zeitung“, die „Saale-Zeitung“, die „Weser-Zeitung“; 1883 wurde er Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“, die damals wohl als das konsequenteste und angesehenste Tagblatt der bürgerlichen Demokratie angesprochen werden durfte, und an der er von 1885 bis 1890 als Redakteur tätig war. Mit dem Ausscheiden aus der Redaktion der „Volkszeitung“ findet der geistig-politische Entwicklungsprozeß äußerlich seinen Abschluß, der Franz Mehring unter den Stürmen der sozialistengesetzlichen Zeit aus einem bürgerlichen Demokraten in einen Sozialdemokraten verwandelt hatte. Langsam und nicht ohne Schwankungen und heißes Ringen, dafür aber organisch und schließlich dank einer um so klareren, tiefgewurzelten Erkenntnis.

Dem jungen Mehring war es bitterer, heiliger Ernst mit seinem Bekenntnis zur bürgerlichen Demokratie. Ihr Verfall, der zumal nach dem Deutsch-Französischen Kriege und der Reichsgründung so rasch, gründlich und unaufhaltsam war, wie der Aufschwung des Kapitalismus, überschüttete ihre ehrlichsten und konsequentesten Verfechter mit Enttäuschungen, die in den Seelen brannten. In der nämlichen Zeit leuchtete der Stern der sozialdemokratischen Bewegung heller und heller auf. Die Sozialdemokratie erschien als die natürliche Fortentwicklung und Vollendung der bürgerlichen De-

mokratie. Hier ein Welken und Absterben, dort neues, stark-pulsierendes Leben. Gar manche — zumal Intellektuelle —, die in der Politik ein Höheres erblickten denn einen Kampf um die Tagesvorteile der Parteien und einzelner Volksschichten: ein Ringen um „der Menschheit große Gegenstände“, eine Wegbereitung hehrer Ideale, blickten damals mit warmer Sympathie, wenn auch nicht immer mit Verständnis, noch der Sozialdemokratie. Der und jener suchte und fand den Weg zu ihr um so leichter, als ihr Programm nicht so scharf umrissen und ihre Organisation nicht so fest gefügt war wie heute.

In der geistigen Atmosphäre jener Tage schloß sich wie Johann Jakob und andere so auch Franz Mehring der Sozialdemokratie an. Der Ekel über den verkommenen Liberalismus diktierte ihm 1876 die frische Streitschrift in die Feder: „Herr Treitschke, der Sozialistentöter, und die Endziele des Liberalismus“. Sie war im sozialistischen Sinne gehalten und brachte ihrem Verfasser den Ruf eines entschiedenen Parteigängers der Sozialdemokratie. Franz Mehring konnte jedoch trotz allem noch nicht für die Dauer sein Bett im Lager der proletarischen Klassenkämpfer aufschlagen. Was ihn in dieses getrieben hatte, war die leidenschaftliche Empörung des überzeugten Demokraten, der an seiner eigenen Partei zu verzweifeln begann, die sich angeichts jeder auftauchenden größeren Zeitfrage einen beschworenen Grundsatz nach dem andern wie mürrischen Zunder vom Leibe riß. Es war auch der Abscheu vor den mancherlei Korruptionsercheinungen der bürgerlichen Gesellschaft und nicht zuletzt der bürgerlichen Presse, der ihn zu einem Tastenden und Suchenden nach einer neuen geistigen, politischen Heimat machte. Sie schien ihm wohl in der Sozialdemokratie zu grüßen, allein das wahre geschichtliche Wesen der Partei hatte er noch nicht erfasst. Ehe es sich ihm ganz erschloß, teilte er jenes allgemein menschliche Los, das Krieland in dem Erlebnis des Jahrmarktbesuchers so fein symbolisiert hat, der hinter der Rückwand der bunten Schaubuden mit ihrem lachenden Leben spaziert. Er erfuhr, daß auch in der Sozialdemokratie Menschliches, Allzumenschliches mitsprechen konnte, derweilen er selbst noch nicht zu jener Überlegenheit herangereift war, die aus dem Wissen um die Schranken und Bedingtheit alles Seienden heraus Menschen und Dinge milde versteht und sich mit Philosophie und Humor über ihre Unvollkommenheiten und Schwächen hinwegsetzt.

Wie Stimmungs- und Empfindungsgewalten Franz Mehring zur Sozialdemokratie zogen, so stießen sie ihn auch wieder von ihr ab. Denn noch hatte er in sich selbst den bürgerlichen Demokraten nicht vollständig überwunden, und dieser pflanzte nicht nur am Grabe immer wieder die Hoffnung auf, sondern erhob auch gegen die sozialistische Auffassung noch lange ernste Bedenken und Zweifel, die der jugendliche Kämpfer damals nicht restlos zu entkräften vermochte. Es kamen Jahre des Ringens, der Schwankungen, mit Ruhepausen, die dem fragenden Geist als Endpunkte der Selbstverständigung deuchten, in denen er glaubte, mit der Sozialdemokratie ein für allemal fertig zu sein und die alte demokratische Überzeugung veredelt und gekräftigt wiedergewonnen zu haben. Und Franz Mehring wäre nicht er selbst gewesen, der leidenschaftlich stürmende politische Kämpfer, wenn er in jenen Zeiten als überzeugter Demokrat die Sozialdemokratie nicht mit aller Wucht und Schärfe bekämpft hätte, die von seiner starken Persönlichkeit untrennbar sind. Aber siehe: die für ihn totgewähnte sozialistische Lehre feierte in seiner Seele ihren Auferstehungstag, und die scheinbar lebensstrobende demokratische Auffassung dorrt unwiderruflich dahin. Aus dem Kampf zwischen den beiden politischen Doktrinen, zwischen zwei Weltanschauungen, in denen Vergangenheit und Zukunft aufeinanderprallten, ging zuletzt der Sozialismus als Sieger hervor.

Franz Mehrings Gegner in und außer der Sozialdemokratie haben diesen Zeitabschnitt seines Lebens mit Vorliebe mißbraucht, um den Mann persönlich zu verunglimpfen,

wenn ihnen im Ringen um Meinungen und Grundsätze der Atem sachlicher Gründe ausging. Wir erinnern an das schwachvolle systematische Kesseltreiben auf dem Parteitag zu Dresden. Es war die Quittung darüber, daß in der damaligen Auseinandersetzung um die Prinzipien und Taktik der Sozialdemokratie Franz Mehring, zumal als leitender Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, ein klarblickender, entschiedener Führer der Linken war und das große Gewicht seines Wissens, seiner Begabung und Erfahrung für ihren Erfolg in die Waagschale warf. Als unverzeihliche Todsünden wurde es ihm angerechnet — und gewisse Parteikreise rechnen noch heute so —, daß er nicht durch einen einzigen himmlischen Blitzstrahl erhellt seinen Weg nach Damaskus fand, und daß er in der Periode des Zweifels und Durchringens sich erst der Sozialdemokratie näherte, um sie dann reißig und bitter zu bekämpfen. Zum Ausfluß von Charaktergebrechen, von Zweideutigkeit, Unzuverlässigkeit, Lüge und Gott weiß was alles deutete man um, was der Ausdruck eines unruhigen, ringenden Geistes und eines kampfschreitenden Temperaments war.

Mehring's zähe, gründliche Natur, die ganz auf Lessingsche bewußte Klarheit und Geschlossenheit eingestellt ist, konnte den alten politischen Glauben nicht früher einsargen und sich dem neuen Gotte verschreiben bis sie den Sozialismus als Wissenschaft, als Theorie sich völlig zu eigen gemacht hatte. Ein solches Ergreifen und Halten konnte jedoch nur das Ergebnis eines längeren Entwicklungsprozesses sein. Erst ein tiefeschürfendes Studium der Hauptwerke des wissenschaftlichen Sozialismus und der Geschichte vollendete, was eine scharfsinnige Wertung der drückend empfundenen politischen und sozialen Zustände der Gegenwart eingeleitet hatte. Von dem Augenblick an, wo Franz Mehring im Sozialismus die Erfüllung seines glühenden Verlangens nach Erkenntnis, nach Wahrheit fand, hat er sich ihm ganz und mit einer Treue ergeben, die weder äußere noch innere Stürme zu wandeln imstande gewesen sind. Man vergleiche nur, wo heute Franz Mehring steht, und in welchem konsequenten Auswärtsschreiten er diesen stolzen Höhepunkt erreicht hat, und wo jene „Leute aus Herrn Gardens Werkstatt“ stehen, die ihn in Dresden niederzubeugen gedachten.

Man schrieb das Jahr 1881, das Sozialistengesetz wucherte mit voller Härte auf der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kampfpartei, als Franz Mehring sich schließlich mit voller innerer Berechtigung als Sozialdemokrat betrachten durfte. Der Partei, die gefesselt, mundtot am Boden lag, brachte er Besseres zu als ein Lippenbekenntnis: mutvolle, opferbereite Tat. In der „Beser-Zeitung“ und namentlich in der „Berliner Volkszeitung“ verfocht er ihre Sache, führte er die schärfsten Streiche gegen die Bismarcksche Politik, ihre Schützer und Rußnießer. Wie selbstlos er sich damals an die Seite der versemten Sozialdemokratie stellte, — ohne Rücksicht auf die drohenden möglichen Folgen: Gefängnis, Achtung, Verlust der Stellung — wie tapfer er sich für sie schlug, das bleibt ein unverweifeltes Ruhmesblatt in der Lebensgeschichte eines ganzen Mannes. Seine volle Kraft konnte Franz Mehring jedoch erst für die Sozialdemokratie einsetzen, nachdem er 1891 Mitredakteur der „Neuen Zeit“ geworden war, an der er bereits seit 1888 mitgearbeitet hatte. Hier veröffentlichte er jene mit dem Pfeil gezeichneten Artikel, die, von Freund und Feind mit Interesse, ja Ungeduld erwartet, Meisterstücke politischer Publizistik waren, nach Marzens Vorbild in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ die Zeitereignisse im Lichte der großen geschichtlichen Zusammenhänge werteten und den kenntnisreichen Inhalt durch eine glänzende Darstellung hoben. Hier steuerte er eine Fülle von anderen Beiträgen bei, die der Klärung und Fortentwicklung der sozialistischen Theorie dienten, die Wichtigkeit dieser Theorie auf den verschiedensten Gebieten des Wissens, der geistigen Kultur erhärteten, in die Tageskämpfe mit den bürgerlichen Feinden, in die Auseinandersetzungen innerhalb der eigenen Reihen eingriffen. Hier unternahm er in dem Feuilleton, das er von 1906 an redigierte, einen beachtenswerten Versuch, die

Sprossen und Blüten des gesamten geistigen Menschheitslebens vom Boden des historischen Materialismus aus zu fassen und zu würdigen, den Sozialismus in seiner Weite und Tiefe als Weltanschauung zur Geltung zu bringen. Kurz, Franz Mehring hat Wertvollstes, hat Unersehlisches dazu beigetragen, daß die „Neue Zeit“ als führendes Organ des wissenschaftlichen Sozialismus national und international ein unbestrittenes Ansehen erwarb und lange behauptete, bis es in den letzten Jahren durch Karl Kautskys Schwanken und Unsicherheit in prinzipiellen und taktischen Fragen entwurzelt worden ist. Der innere Umwandlungs- und Zerfallsprozeß der Sozialdemokratie, der seit dem 4. August 1914 allen Augen wahrnehmbar zutage tritt, weil die Glutatmosphäre des imperialistischen Weltkriegs sein Tempo beschleunigt, seinen Umfang erweitert, warf seine Schatten in dem Konflikt voraus, der unsern Freund sehr zum Schaden der „Neuen Zeit“ zwang, seine Tätigkeit auf dem altgewohnten Wirkungsfeld erheblich einzuschränken. Denn einer seiner sachlichen Kernpunkte war Mehrings unliebsam empfundene Kritik an Erscheinungen, die die Theorie des „Umlernens“ begünstigen: Parteibureaufkratismus und parlamentarischer Kretinismus.

Eine Erweiterung seines publizistischen Arbeits- und Kampffeldes schuf sich Franz Mehring namentlich mit seiner Tätigkeit an der „Leipziger Volkszeitung“. Nach Bruno Schönlanks Tode, 1901, war er bis 1907 ihr leitender Redakteur, in den folgenden Jahren ihr eifriger, den Charakter des Blattes prägender Mitarbeiter. Zeiten des unvergessenen Glanzes und Ruhmes für die „Leipziger Volkszeitung“, die damals durch scharfe Vertretung des proletarisch-revolutionären Standpunkts die Führung der sozialdemokratischen Linken hatte und mit ihrer Haltung oft bestimmend für die Entscheidungen der Gesamtpartei wurde.

Eine Tätigkeit, wie die unruhige, scheint hinreichend, um das Leben eines Begabten und Sechrfleißigen auszufüllen. Dem Arbeitsfanatismus und der Kampfbegier eines Mehring tat sie nicht Genüge. Sie erschöpfte nicht die geistigen Schätze, die er zu spenden hatte, die unverfälschten frischen Kräfte, die er immer wieder für den Sozialismus einsetzen konnte. Franz Mehring hat uns eine stattliche Reihe von Werken geschenkt, unter denen sich klassische Denkmäler der wissenschaftlichen Literatur des Sozialismus aller Länder befinden. Wir erwähnen nur die „Vessing-Legende“, die bereits 1892 erschien, die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, die 4 Bände „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, die drei Schriften zur deutschen Geschichte an der Wende des neunzehnten Jahrhunderts: „Jena und Tilsit“, „1807 bis 1812. Von Tilsit nach Taurroggen“, „1813 bis 1819. Von Skalsch nach Karlsbad“, die Studie über „Schiller“, die Ausgabe sozialistischer Neudrucke usw. Eine Würdigung, ja auch nur eine knappe Charakteristik dieser Werke im einzelnen ist leider im Rahmen dieses Artikels unmöglich. Nur soviel im allgemeinen, daß sie für die Arbeiterschaft reiche Fundgruben des Wissens, der Erkenntnisse sind. Sie führen tief hinein in die sozialistische Ideenwelt, indem sie die sozialistische Theorie entwickeln und fest verankern. Das aber nicht bloß in abstrakten gesellschafts- und geschichtswissenschaftlichen Gedankengängen, sondern vor allem auch sehr konkret, durch Anwendung des historischen Materialismus als Forschungsmethode zur Durchleuchtung und Darstellung bestimmter Perioden und Erscheinungen der Geschichte. So unmöglich es ist, den Sonnenstrahl mit rosch zipackender Hand zu fangen, so wenig können wir in dieser Skizze den Glanz, die Wärme, den Geistesreichtum und die Sachkenntnis bannen, kurz, alle jene geistigen Werte, die Mehrings Arbeiten auszeichnen. Der Siebzigjährige steht mitten in der Arbeit zu einer umfangreichen Marx-Biographie. Nach dem ersten Teile, den zu lesen uns vergönnt war, verspricht sie in Gehalt und Form das Reifste und Schönste zu werden, das Franz Mehring geschaffen, ein bleibendes Monument dankbarer, verständnistiefer Verehrung für den genialen Begrün-

der des wissenschaftlichen Sozialismus, wie für den ihm wesensverwandten Verfasser und seine ungeborene fruchtbare Gestaltungskraft.

Wer Genosse Mehring ist, und was er für die Theorie und Praxis des internationalen Sozialismus bedeutet, das sagen uns seine Werke. Seine überragende Persönlichkeit, mit ihrer urwüchsigen Kraft, ihrer angeborenen reichen Vielseitigkeit und ihrer erworbenen und bewußten Kultur, geht ganz in sie ein und erfüllt sie mit starkem individuellen Leben. Sie erweisen ihn als einen vorbildlichen Verwalter und Mehrer des wissenschaftlichen Erbes, das Karl Marx und Friedrich Engels uns hinterlassen haben. Mehring eignet zu viel von dem verzehrenden Forschungs- und Wahrheitsdrang, von dem stolzen Unabhängigkeitsinn dieser Größten, als daß er ein bloßer, nachbetender und nachtretender Schüler sein könnte, ein Apologet, der bedientenhaft jedes Wort der Meister mit Silbenstechereien rechtfertigen will und jedes Stäubchen von Irrungen und Wirrungen in ihrem Urteil und ihrem Verhalten fortzuputzen trachtet. Indem er mit dem wundervollen Arbeitswerkzeug, das sie uns übergeben, kritisch prüfend an ihr Leben und Weben herantritt, hebt er gerade den fortwirkenden unsterblichen Teil ihres Werks in das hellste Licht. Der höchste Zoll seiner Verehrung für sie ist das Schaffen in ihrem Sinne, von ihrem Geiste bewegt.

Was Franz Mehring dabei mit einem nie ermattenden Riesenfleiß zusammenträgt, das durchleuchtet und gestaltet seine außerordentliche Begabung und haucht ihm eine frische, glühende Seele ein. Wie kein zweiter Nachfahre von Marx, Engels und Lassalle vereinigt er die Gabe, das wissenschaftlich Erforschte und Erkannte künstlerisch darzustellen. Dieser Gründer der sozialistischen Theorie ist ein Meister der deutschen Sprache, der Gestaltungskunst. Aber freilich: er ist auch ein reißiger Kämpfer, der das wuchtige Schwert und das elegante Florett gleich meistert, nach der Art eines ganzen Mannes, auf einen Schelmen anderthalbe setzt und sicher auch in der Freude an einer glänzenden Waffenführung manchen scharfen Stieb niederlassen läßt. Wie oft, wie bitter ist ihm das von jenen angeteufelt worden, denen das Verständnis für die reine Quelle des scharfen Kampfs fehlt: die leidenschaftliche Hingabe an die große Sache, zur Befreiung des Proletariats, der Menschheit „die Welt zu verändern“. In der Waffenführung wie in vielen Zügen seiner geistigen Physiognomie ist Franz Mehring aus dem Geschlecht Ulrichs von Hutten, des ersten großen politischen Publizisten Deutschlands. Stark in Liebe und Haß, in Horn und Begeisterung, die Hand stets am Wehrgehänge und bereit, das Schwert aus der Scheide fliegen zu lassen zum frischfröhlichen Waffengang für die Wahrheit, unbekümmert um die persönlichen Opfer. So gelten für ihn die unseren Ausführungen vorangestellten Verse des streitbaren Humanisten und Vorkämpfers der Reformation.

Was die persönliche Freundschaft Franz Mehring zum Dank und zur Ehre zu sagen hätte, das soll hier unausgesprochen bleiben. Dagegen ist es eine Gerechtigkeitspflicht, einen Zweig aus dem vollen Vorbeerkranz zu lösen, den ihm die internationalen Sozialisten, den die erwachten und klarblickenden Proletarier aller Länder reichen. Dieser Zweig gebührt Eva Mehring, die mit leidenschaftlicher Hingabe das Leben ihres Gatten mitlebt, eine verständnisvolle, opferbereite Gefährtin in Mühsal und Not, in Sturm und Wogendrang. —

Jahre, in denen sehr viele ermattet von Arbeit und Kampf zurücktreten, zeigen Franz Mehring noch auf der Höhe der Schaffensfreudigkeit und Schaffenskraft, der Kampfbegier und Kampfesbereitschaft. Wir schöpfen daraus die Hoffnung, daß sich erfüllt, was mit uns Ungezählte wünschen: daß unserm Freunde noch viele Jahre des Wirkens in voller Mächtigkeit beschieden seien. Unsere Zeit und die nächste Zukunft bedürfen der Männer, um die verwirrten und zersprengten Proletariermassen in ziel- und wegklarer Erkenntnis zu sammeln und den internationalen Sozialismus aus seinem tiefen Fall auf die Höhe seiner welterslösenden Aufgabe zu heben. Männer,

die mit klarer Erkenntnis und stahlhartem Willen bereit sind, Erkenntnis zur Tat werden zu lassen. Männer, die sich ganz für ihre Ziele einsetzen, auch wenn sie dabei mit wenigen gegen den Strom schwimmen müssen. Als solch ein Starker und Unbeugbarer von Geist und Charakter hat sich Franz Mehring bewährt:

Er ist ein Mann, nehmt alles nur in allem,
Ihr werdet selten seinesgleichen sehn.

Kriegskosten und Volkslasten.

Die materiellen Lasten, die der Weltkrieg den Völkern auferlegt, scheinen alles zu übertreffen, was die schlimmsten Pessimisten vorausgesehen haben. Das erklärt sich daraus, daß alle die riesenhaften Produktionskräfte, die der Kapitalismus entfesselt hat, jetzt in den Dienst des Zerstörungs- und Vernichtungswerkes gestellt worden sind; daß in den Arsenalen und Fabriken mindestens ebensoviele Menschen an der Herstellung von Waffen und Munition arbeiten, als Soldaten im Felde die Waffen handhaben. Schätzen doch Sachverständige, daß in der einen Herbstschlacht, als die französische Armee die deutschen Linien zu durchbrechen suchte, in wenigen Tagen mehr Munition verschossen worden ist, als im ganzen Kriege von 1870/71. Das Zerstörungswerk kostet daher nicht nur Millionen Menschenleben, Ströme von Blut, sondern auch Geld, viel Geld.

Der Schatzsekretär des Deutschen Reiches nahm im August vergangenen Jahres an, daß die täglichen Ausgaben aller kriegführenden Staaten sich auf 300 Millionen Mark stellten. Im Dezember erklärte er, die Ausgaben seien größer geworden, man müsse mit 320 bis 330 Millionen Mark rechnen. Von manchen Seiten wird indessen auch diese Schätzung noch als zu niedrig bezeichnet, zumal die Ausgaben infolge der allgemeinen Teuerung beständig steigen. Bleiben wir jedoch bei den Zahlen des Herrn Helfferich, so besagen sie, daß in einem Jahre die kriegführenden Staaten 120 Milliarden Mark für das Zerstörungswerk verausgaben. Von diesem Betrag bekommt man einen annähernden Begriff, wenn man bedenkt, daß die Summe der in Deutschland vorhandenen Vermögen — die in dem kultivierten Boden, den Gebäuden, Fabriken, dem Vieh, Maschinen und sonstigen Produktionsmitteln, den Eisenbahnen und Schiffen bestehen — auf annähernd 300 Milliarden Mark Geldwert geschätzt wird. Die kriegführenden Staaten Europas würden also in zweieinhalb Jahren für das Zerstörungswerk so viel verausgaben als die Ergebnisse all der Arbeit bewertet werden, die im Laufe von Jahrhunderten den Reichtum Deutschlands an materiellen Gütern geschaffen hat.

Es ist ein recht müßiges Beginnen, wenn die Vertreter Deutschlands behaupten, dessen Gegner seien materiell schlimmer daran als das Reich, während umgekehrt die Vertreter der Entente das Gegenteil nachweisen wollen. Solche Behauptungen hätten vom Standpunkt der Kriegführenden vielleicht einen Sinn, wenn anzunehmen wäre, daß den Staaten der einen oder anderen Partei schließlich die Mittel ausgehen müßten, um den Krieg weiterzuführen. Davon kann indessen keine Rede sein. Solange Menschen da sind, die kämpfen, und andere, die den zur Kriegführung nötigen materiellen Bedarf herstellen, werden auch die Geldmittel zu beschaffen sein, die der Staat braucht, um das Getriebe aufrecht zu erhalten. Deshalb dünkt uns dieses Trost- und Geduldgerede — „uns geht es zwar schlecht, aber den anderen noch schlechter“ —, als wenn die blutende Hand sich damit tröstet, daß das Bein noch stärker blutet. Denn schließlich ist das Wort von der Interessengemeinschaft der Völker trotz des jehigen Sichzerfleischens nicht plötzlich falsch geworden. Die Verarmung eines jeden Volkes wirkt auf das Wohlergehen der gesamten europäischen Völkerfamilie ein.

Der Krieg wird „auf Kredit geführt“, das heißt die Staaten verschaffen sich Anleihen auf diese oder jene Weise,

und aus dem geliehenen Kapital werden die Kosten bestritten. Dabei werden während des Krieges auch die Zinsen für das Kapital von dem geliehenen Gelde bezahlt. Aber schließlich muß einmal der Frieden kommen, und auch dann gilt es, Zinsen zu zahlen und obendrein an die Tilgung der Schulden zu denken.

Mit der landläufigen Vorstellung, wonach „der Verlierende zahlt“, kommt man nicht weit. Jeder der kriegführenden Staaten hat seine Last zu tragen; wollte man dazu den unterliegenden Staaten die Kosten der obsiegenden aufbürden, so wäre das für die ersteren der sichere Staatsbankrott. Dieser würde aber für die Besitzenden den wirtschaftlichen Ruin bedeuten, wogegen sie sich mit aller Gewalt sträuben werden. An einen Frieden, bei dem die Zahlung von Kriegskostenentschädigung zur Bedingung gemacht wird, ist daher nur zu denken, wenn die eine der kriegführenden Gruppen so vollständig niedergedrungen ist, daß sie alles bewilligen muß. Dann würden aber die betreffenden Länder derart verheert sein, daß aus ihnen in Jahrzehnten nicht Summen herauszuholen sind, wie jene, um die es sich im vorliegenden Falle handeln muß. — Auch mit Annexionen ist es nicht getan. Der annektierende Staat kann nicht einfach das private Vermögen der Einwohner im eroberten Land rauben. Er kann diesen Einwohnern höchstens größere Steuern auferlegen, aber das wäre ein törichtes Beginnen, wenn er sich das Land dauernd angliedern will. In der Regel ist ein erobertes Land durch den Krieg verwüstet und kann deshalb für lange Zeit nicht zu den Einnahmen des erobernden Staates beitragen, sondern erfordert im Gegenteil Zuschüsse. Mag man daher über Annexionen sonst denken wie man will: die Kriegskosten lassen sich auf diesem Wege nicht einbringen. Folglich ist damit zu rechnen, daß jeder der kriegführenden Staaten in finanzieller Hinsicht für lange Zeit der Bevölkerung neue gewaltige Lasten wird aufbürden müssen, um die Kosten des jehigen Krieges zu decken.

Da drängt sich nun eine Betrachtung auf. Seit Jahrzehnten seufzten die Völker Europas unter dem ungeheuren Steuerdruck, der in erster Linie durch die beständig erweiternden Rüstungen verursacht wurde. Von den Anhängern des Militarismus wurde behauptet, diese Lasten seien unvermeidlich, man müsse sie als eine „Versicherungsprämie“ betrachten. Ähnlich wie man sich gegen Feuer- oder Hagelschaden versichert, versichere sich ein Volk durch steigende Rüstungen gegen den Kriegsschaden, den ihm ein auswärtiger Feind zufügen könne. Was wir Sozialdemokraten stets vorausgesehen haben, ist jedoch eingetreten: das unablässige Wettrüsten endete mit dem Weltkrieg, der die Kultur Europas zu vernichten droht. Das militaristische „Versicherungsgeschäft“ erwies sich als verfehlt. Es war so, als ob jemand seine Habe gegen Feuerbrand versicherte, der Versicherer aber für die empfangene Prämie Pulverfässer kaufte, rund um die Habe anhäuften und nun dort mit brennender Zigarre spazieren ging. Nachdem die Pulverfässer explodierten und der Brand da war, wurden vom Versicherten neue Opfer verlangt, um den Schaden zu bezahlen! Denn bisher sind keine Anzeichen vorhanden, daß dieser Krieg zur Beseitigung des Militarismus führen könnte. Im Gegenteil: die Anhänger der bestehenden Ordnung kündigen in allen Ländern an, daß die Rüstungen nun erst recht fortgesetzt werden müssen.

So wurde auch im Deutschen Reichstag im Dezember bei Beratung der neuen Milliardenanleihe nicht etwa damit gerechnet, daß nach dem Kriege die Ausgaben für Heer und Marine vermindert werden können. Man nahm es vielmehr als selbstverständlich hin, daß zu den bisherigen Lasten neue hinzukommen müssen, zur Bestreitung der Ausgaben, die der Krieg nach sich ziehen wird. Daß diese Lasten ungeheuer sein werden, darüber ist man sich einig.

In der Tat: Bisher hat der Reichstag Anleihen in Höhe von 40 Milliarden Mark bewilligt; nach den Schätzungen der Regierung kann diese Summe etwa bis März reichen; jeder Monat, den der Krieg darüber hinaus dauert, kostet an-

nähernd weitere 2 Milliarden, die nicht anders als durch Anleihen aufzubringen sind. Diese Schuld ist mit 5 Prozent zu verzinsen, außerdem muß man aber an die allmähliche Rückzahlung des Kapitals, an die Tilgung der Schuld denken. Seht man für den letzteren Zweck nur $1\frac{1}{2}$ Prozent an, so ergibt sich „für den Schuldendienst“, wie der Sachausdruck lautet, der Betrag von $6\frac{1}{2}$ Prozent der Schuldsomme pro Jahr. Bei 40 Milliarden Mark sind das 2600 Millionen Mark, die jährlich gezahlt werden müssen. Dauert der Krieg über den März hinaus, so erhöht sich die Summe bei jedem Monat Kriegsdauer um weitere 130 Millionen.

Mit dem „Schuldendienst“ allein ist es indessen nicht getan. Vor allem müssen die Opfer des Krieges, die Invaliden und die Witwen und Waisen der Gefallenen versorgt werden. Die Summen, die für diese Renten erforderlich sind, werden bereits auf $1\frac{1}{2}$ bis 2 Milliarden Mark geschätzt. Läßt man alle anderen Ausgaben (Neuausrüstung des Heeres nach dem Kriege!) außer Betracht, so ergeben diese beiden Posten — Schuldendienst und Renten — eine Summe von mindestens 4 Milliarden (4000 Millionen) Mark, und wenn der Krieg über den März hinaus dauert, vielleicht von 5 Milliarden Mark jährlich.

Was das zu bedeuten hat, kann man danach beurteilen, daß im letzten Jahre vor dem Kriege die wirklichen Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen, Gebühren, Überschüssen der Post- und Reichseisenbahnverwaltung zusammen noch nicht 2 Milliarden betragen haben. Es wird sich somit in den ersten Jahren nach dem Kriege darum handeln, statt 2 Milliarden Mark 6 oder gar 7 Milliarden für das Reich aufzubringen. Rechnen wir mit einer Neubelastung von „nur“ 4 Milliarden, so ergibt das bei einer Bevölkerung von 70 Millionen eine Neubelastung pro Kopf von 57 Mark im Jahre oder pro fünfköpfige Familie von 285 Mark. Wohl gemerkt: 285 Mark pro Jahr müssen über die bisherige Steuerlast hinaus aufgebracht werden. Die Frage ist, ob eine so ungeheure Belastung von dem Volke noch getragen werden kann, und eine weitere Frage lautet: welcher Form der Besteuerung das deutsche Volk zu erwarten hat. Darüber in einem folgenden Artikel.

Aus der Bewegung.

Eine öffentliche Frauenversammlung in Königsberg war die erste Befundung politischen Lebens der sozialdemokratischen Frauen dieser Stadt seit Ausbruch des Krieges. Dieses Leben fand seinen Ausdruck in dem glänzenden Referat der Genossin Zieh. Fast ein- und einhalbes Jahr war es den Genossinnen unmöglich gewesen, zusammenzukommen. Trotz allem hatte auch diese blutige Spanne Zeit nicht den Geist gelötet, der in den erwachten proletarischen Frauen lebt. Das bewiesen die stürmischen Zurufe, als bei der Eröffnung der Versammlung von der wachsenden Friedenssehnsucht gesprochen wurde. Das bewiesen immer wieder die Zustimmung zu den Ausführungen der Referentin über das Thema: „Die Pflichten der Frauen während der Kriegszeit“. Mit gespanntester Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Darlegungen über die Pflichten der Dahingeblichenen. Die Pflichten gegen die Familie lassen sich in einen Satz zusammenfassen: wir haben alles zu tun, um die Dahingeblichenen körperlich und seelisch gesund zu erhalten. Dazu gehören: auskömmliche Ernährung, Kleidung und entsprechende Wohnungsverhältnisse. Diese Forderungen — und das wußten die versammelten Frauen am besten aus eigener Erfahrung — wurden für viele Kriegerfamilien nicht erfüllt. Scharf brandmarkte die Rednerin den Lebensmittelwucher, der in dieser „großen Zeit“ seine Geißel erbarmungslos schwingt. Genossin Zieh forderte wirksamen Schutz für die immer mehr sich selbst überlassenden bleibenden Jugend. Dazu bedürfe es vor allen Dingen einer Verköstigung der Arbeitszeit der Frauen. Diese erobern sich heute alle Berufe, weil sie billige Arbeiterinnen sind. Die Pflichten, deren Erfüllung die Gesellschaft von den Frauen fordert — die Erziehung der Kinder, die berufliche Tätigkeit —, legen auch der Gesellschaft Pflichten gegen die Frauen auf: jede Ausnützung der weiblichen Arbeitskraft im eigensten Interesse zu verhüten durch gleiche Bezahlung der männlichen und weiblichen Arbeitskraft und durch die politische Gleichberechtigung der Geschlechter. Um der

Mutter die Erziehung der Kinder zu vollwertigen künftigen Mitgliefern der Gesellschaft zu erleichtern, tut die Errichtung von Säuglingsheimen und Kindergärten bitter not, außerdem die gründliche Reform des Schulwesens und die Einführung der Arbeitsschulen. Eine fast andächtige Stille herrschte, als Genossin Zieh über die Pflichten gegen die Partei sprach. Ihre von starkem Glauben an die Zukunft der Sozialdemokratie getragenen Worte hoben die Hörer über das Elend der Gegenwart hinaus, zeigten ihnen das große Ziel: die Befreiung der Arbeiter, der Menschheit, die Völkerverbrüderung. An dieses Ziel werden die Unterdrückten aller Länder glauben mit der ganzen Kraft, die sie aus den Leiden ihres täglichen Lebens und der sozialistischen Erkenntnis unverjagbar schöpfen. Nicht endenwollender Beifall dankte der Referentin. 30 Frauen erklärten sofort ihren Beitritt zur Partei. Inzwischen war aus der Versammlung diese Resolution eingelaufen: „Die enorme Teuerung aller Lebensbedürfnisse und die niedere und ungleichmäßige Kriegsunterstützung haben zahlreiche Kriegerfamilien in Not und Bedrängnis gebracht und bedrohen die gesunde Entwicklung ihrer Kinder. Der Winter, der höhere Ausgaben verursacht für Nahrung, Kleidung, Heiz- und Beleuchtungsmaterial, verschärft noch die Sorge und das Leid der ohnehin schwer belasteten Kriegerfrauen. Diese erfuchen deshalb dringend den Magistrat, in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten Beschlüsse über die Kommunalzuschläge zur Kriegsunterstützung festzusetzen, die das gesetzliche Existenzminimum, mindestens aber eine auskömmliche Ernährung der minderbemittelten Familien ermöglichen. Die Kriegerfrauen erwarten ferner, daß die Stadtverwaltung das Recht der Beschlagnahme und der Festsetzung von niederen Höchstpreisen für Lebensmittel im Interesse der Konsumenten im weitesten Maße ausnützt.“ Die Versammlungsleiterin bemerkte dazu, auf Grund ihrer vielen Erfahrungen als Helferin der Fürsorgekommission für Kriegsteilnehmer möchte sie ausdrücklich feststellen, daß diese Resolution nicht etwa nur unter dem Eindruck des Referats entstanden sei. Die Klagen über die unzureichende Unterstützung und über ihre ungleichmäßige Verteilung rissen seit Kriegsausbruch nicht ab. Die großen Mängel der Unterstützung ergaben sich aus dem System, aus dem Begriff der Bedürftigkeit. Es sei sehr bezeichnend, daß die erste sozialdemokratische Frauenversammlung mit einer Willensfindung der Kriegerfrauen beauftragt werde, die ein Mahnruf an die Stadtverordneten und an den Magistrat sei. — Die Resolution wurde einstimmig angenommen und als Petition bei der Gemeinde eingebracht. Die nächste Stadtverordnetenversammlung war von zahlreichen Kriegerfrauen besucht. Nach einer dreistündigen Sitzung unter Ausschluß der Öffentlichkeit wurde die Entscheidung über die Petition und den ihr entsprechenden ausführlicheren Antrag der sozialdemokratischen Fraktion verlagert. Wenn die Frauen auch drei Stunden vergebens gewartet hatten, so waren sie zur nächsten Sitzung doch noch zahlreicher erschienen. Und diese Kriegerfrauen werden die bürgerlichen Stadtväter in dankbarer Erinnerung behalten: über die Petition wurde nach Kenntnisnahme zur Tagesordnung übergegangen, die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion wurden abgelehnt!

Marie Hartung, Königsberg.

Genossenschaftliche Rundschau.

Da die Konsumvereine in Deutschland fast durchgängig ihr Geschäftsjahr nicht mit dem Kalenderjahr, sondern meist Ende Juni schließen, bedeutet der Jahreswechsel für sie keinen besonderen Zeitabschnitt, der in normalen Zeiten zu Betrachtungen anregen könnte. Der Krieg hat aber auch in diesem Falle die Verhältnisse so stark verändert, daß die Verwaltungen der Konsumvereine geradezu gezwungen sind, sich jetzt schon mit dem Abschluß des laufenden Geschäftsjahres zu beschäftigen. Das System der Warenverteilung ist in den deutschen Konsumvereinen so geregelt, daß die Mitglieder am Jahreschluß mit einer Rückvergütung an barem Gelde, entsprechend ihrem Umsatz, rechnen können. Die Waren werden zum sogenannten Tagespreis abgegeben, so daß ein Überschuss verbleibt, der neben den üblichen Abschreibungen und Ansammlung von Fonds die Möglichkeit der Gewährung einer Rückvergütung an barem Gelde bietet. Die Genossenschaft ist also eine Art indirekte Sparkasse. In der langen Zeit der Entwicklung der Konsumvereine hat sich nun bei dieser Geschäftsbearbeitung in der Regel ein ziemlich stabiles Verhältnis in dem Prozentsatz der „Dividende“ herausgebildet. Der Krieg bringt in dieses Verhältnis große Veränderungen. Die Möglichkeit, in der hergebrachten Weise Überschuss herauszuzuwirtschaften, besteht natürlich nur so lange, als die Genossenschaft durch ihre dem Klein-

Handel überlegene Organisation imstande ist, die Konkurrenz im Interesse der Mitglieder auszunutzen. Diese Konkurrenz ist aber gegenwärtig gerade bei vielen der nötigsten Massenartikel, die der Konsumverein führen muß, durch die Höchstpreise aufgehoben. Das heißt, der größte Konsumverein muß diese Artikel für denselben Preis einkaufen wie der Kleinhändler. Dieses Verhältnis verschärft sich noch, wenn die Genossenschaften nicht als Großbetriebe, sondern als Kleinbetriebe angesehen werden, wie es vielfach der Fall ist.

Unter diesen Umständen wird es vielen Konsumvereinen schwer oder unmöglich sein, beim nächsten Geschäftsabschluß des Jahres die übliche Rückvergütung für die Mitglieder herauszuwirtschaften. Soweit nicht im Statut ein fester Prozentsatz garantiert ist — was nicht häufig sein wird —, besteht dazu auch keine Verpflichtung. Leider haben sich die Mitglieder aber meist so an eine gewisse Höhe der Rückvergütung — sagen wir gewöhnt, daß seine Herabsetzung, sei sie noch so begründet, sofort den „genossenschaftlichen Geist“ in Aufregung bringt. Dann gibt es Sturm in den Generalversammlungen, und Massenaustritte sind oft die Folge derart egoistischen Denksens. Kamem solche Fälle bisher immer nur vereinzelt vor, so werden nunmehr wahrscheinlich recht viele Vereine in die Lage kommen, weniger Rückvergütung zu gewähren. Es wird freilich gerade deswegen, weil es sich um eine in den Kriegsverhältnissen begründete allgemeine Erscheinung handelt, auch leichter sein, den Mitgliedern die Maßnahme begreiflich zu machen. In den Bezirken, wo — ganz entgegen genossenschaftlichen Grundfäden — bisher eine abnorm hohe Rückvergütung gewährt wurde, kann der Krieg, sogar eine gewisse erzieherische Wirkung haben. Die Aufgabe der Geschäftsleitungen aber wird es sein, die Mitglieder, zumal die Frauen rechtzeitig auf das Kommende vorzubereiten und sie über die Sachlage aufzuklären. In dieser Hinsicht könnte überhaupt etwas mehr getan werden. — In verschiedenen Bezirken haben die Vertreter der Konsumvereine bereits Stellung zur Sache genommen und beschlossen, daß die Geschäftsgebarung in der bisherigen Weise weiterzuführen und am Jahresschluß eventuell die Rückvergütung entsprechend herabzusetzen ist. Damit soll etwa auftauchenden Bestrebungen vorgebeugt werden, die zum Schaden der Entwicklung ausschlagen könnten. Nach die Leitung des Zentralverbandes stellt sich auf diesen Standpunkt. Sie warnt besonders davor, die Marken auf einzelne Waren, an denen nichts mehr „verdient“ wird, abzuschaffen.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Sachsen haben bisher in der Kriegszeit ein sehr gutes Geschäft gemacht, wie die Verbandsstatistik für das Jahr 1914/15 zeigt. Der Umsatz stieg von 136 auf reichlich 170 Millionen Mark; ihre Bankguthaben schwollen von 4/5 auf 7 Millionen. Der Reingewinn stieg trotz hoher Rücklagen an „stillen Reserven“ von 72 auf 76 Millionen Mark. Die Schulden fielen bei alledem aber noch um etwa ein Viertel. Diese Zahlen aus einem verhältnismäßig kleinen Bezirk, aus einem Lande, das in der Hauptsache von der Industrie lebt, lassen deutlich erkennen, welche enormen Gewinne die Landwirtschaft besonders in den ersten Monaten der Kriegszeit infolge des Hinaufschneitens der Preise für die wichtigsten Lebensmittel gemacht haben muß.

In Schweden ist im vorigen Jahre ein Gesetz über landwirtschaftliche Kreditgenossenschaften mit Staatshilfe vom Reichstag beschlossen worden. Diese Organisation soll aus sogenannten Lokalkassen bestehen, die sich dann in Zentralkassen vereinigen. Alle werden mit beschränkter Haftung gegründet. Die Lokalkassen erhalten vom Staate zur Bestreitung der Verwaltung einen Beitrag während vier Jahre von zwei Kronen pro Mitglied und Jahr, während der nächsten sechs Jahre ein jedes Jahr eine Krone pro Mitglied. Eine Zentralkasse kann in den ersten zwei Jahren zur Bezahlung von Organisationsunkosten 2000 Kronen und Verwaltungskosten 2000 Kronen jährlich erhalten. Für jede Zentralkasse, die eingetragen ist, deponiert der Staat Staatsobligationen in der Reichsbank bis zu 100 000 Kronen, die als Garantie den Gläubigern der Zentralkasse gegenüber dienen. Die Zentralkassen dürfen Spar- und Depostengeländer entgegennehmen. Auch die Konsumvereine versprechen sich von der neuen Einrichtung eine gute Wirkung. — Der Verband schwedischer Konsumvereine umfaßte am Ende des vorigen Jahres 608 Vereine mit 153 559 Mitgliedern. Es traten 63 neue Vereine bei, 22 ganz kleine traten aus; meist lösten sie sich wegen Lebensunfähigkeit auf. Bemerkenswert ist, daß die während der Kriegszeit gegründeten Vereine im Durchschnitt eine größere Mitgliederzahl aufweisen als in dem halben Jahr vor Beginn des Krieges.

In Rußland gab es Ende 1914 nach Mitteilungen in Fachblättern etwa 31 050 Genossenschaften mit weit über zehn Millionen Mitgliedern. Darunter waren 10 000 — meist ländliche —

Konsumvereine mit 1,4 Million Mitgliedern. Am stärksten sind — wie in Deutschland — die Kreditgenossenschaften: 12 789 mit 8,1 Million Mitgliedern. Dann folgen landwirtschaftliche Einkaufs- und Bezugsgenossenschaften, 5761 mit einer halben Million Mitgliedern. Wenn auch die Zahlen mehr auf Schätzungen als auf absolut genauen Feststellungen beruhen, so zeigen sie doch, daß das Genossenschaftswesen in Rußland sehr stark verbreitet ist und man sich von diesem Lande heute oft eine ganz falsche Vorstellung macht. Die Ausbreitung und Entwicklung des Wirtschaftsgenossenschaftswesens kann in jedem Lande als ein gewisser Gradmesser des Kulturfortschritts gelten. — Der Einfluß des Krieges war — so lesen wir in einem Fachblatt — eher günstig zu nennen; namentlich die ländlichen Kreditgenossenschaften gewannen erheblich. Verschiedene Genossenschaften liefern Heeresbedarf, so zum Beispiel der große Verband der sibirischen Butterhandlungsgenossenschaften, der Verband der Kreditgenossenschaften des Gouvernements Kiew und der Verband landwirtschaftlicher Genossenschaften in Wologda. Der Verband russischer Konsumvereine in Moskau, der 1400 Vereine umfaßt, hat nicht unter dem Kriege gelitten; sein Umsatz stieg von 10 Millionen auf 15 Millionen Rubel. Ebenso weist die Genossenschaftliche Volksbank in Moskau Fortschritte auf. H. F.

Notizenteil.

Burgfrieden.

Verhaftungen in Leipzig. Wegen angeblicher Verbreitung der „Jugend-Internationale“ sind laut „Leipziger Volkszeitung“ am 2. Februar Genosse Redakteur Schumann und die Jugendgenossen Buchdruckerlehrling Max Worsdorf und Kaufmannslehrling Helmut Kühn verhaftet worden. Vorher bei den Genossen vorgenommene Hausdurchsuchungen waren ergebnislos.

Im Karlsrüher Landesverratsprozeß, der gegen eine Anzahl Genossen und Genossinnen aus Karlsruhe, Stuttgart, Ulm angestrengt wird wegen angeblicher Verbreitung des Manifestes der Werner Frauenkonferenz, sind nun nach achtmonatiger Untersuchungshaft auch die Genossen Dietrich und Kruse gegen eine Sicherheit von 5000 M. auf freien Fuß gesetzt. Auch die übrigen Angeklagten sind, soweit sie sich noch in Haft befanden, entlassen worden. Die Hauptverhandlung findet vor dem Reichsgericht in Leipzig am 17. Februar statt.

Für den Frieden.

Die Früchte des internationalen Frauenfriedenskongresses in Haag. Wie unsere Leserinnen wissen, fand im April 1915 im Haag ein internationaler Friedenskongreß von Frauen statt. Es waren meist Führerinnen der demokratischen Richtung in der bürgerlichen Frauenbewegung, die dort zusammentrafen. Sie beschlossen damals, an die Regierungen der kriegführenden wie auch der neutralen Länder Deputationen zu entsenden. Diese sollten die Beschlüsse des Kongresses überbringen, vor allem aber den Plan einer Konferenz der neutralen Staaten vorlegen. Als Zweck der Konferenz war die ständige Vermittlung zwischen den kriegführenden Parteien gedacht, eine Vermittlung, die das Ende des Krieges beschleunigen sollte. Die mit dieser Aufgabe betrauten zwei Deputationen setzten sich aus Vertreterinnen der verschiedensten Länder zusammen. Sie wurden in vierzehn Hauptstädten in 35 Audienzen von den Regierungen empfangen, und zwar in Berlin, Bern, Budapest, Haag, Havre (Sitz der belgischen Regierung), Christiania, Kopenhagen, London, Paris, Petrograd, Stockholm, Washington und Wien. Auch der Papst wurde besucht. Das Ergebnis ihrer Reisen haben die Abordnungen in einem Manifest niedergelegt. Sie sprechen darin, laut „Werner Bund“, die Überzeugung aus, daß sich die kriegführenden Regierungen gegen eine Konferenz neutraler Staaten nicht ablehnen und verhalten würden. Wenn auch die kriegführenden Parteien die Vermittlungsangebote einer einzelnen neutralen Macht abgewiesen haben, wenn auch keine kämpfende Nation um Vermittlung nachsuchen wird, so könnte doch die Einberufung einer dauernden Konferenz neutraler Staaten einen Weg zur Vermittlung anbahnen, der zum Frieden führen würde. Andererseits hat sich gezeigt, daß die Neutralen befürchten, die Einberufung einer solchen Konferenz könnte von der einen oder anderen der kriegführenden Parteien als verfrüht angesehen werden. Diese Bedenken finden Widerlegung durch die Aussprüche maßgebender Staatsmänner der kriegführenden Staaten. „Mein Land würde nichts Unfreundliches in einem solchen Unternehmen der Neutralen sehen“, versicherte der

Minister der auswärtigen Angelegenheiten einer der großen kriegsführenden Mächte. „Meine Regierung würde einer solchen Konferenz kein Hindernis in den Weg legen,“ sagte der Minister der gegnerischen Macht. „Worauf warten die Neutralen?“, äußerte sich einer der populärsten Staatsmänner. Bei verschiedenen Audienzen wurde auch über die Art und Weise der Ausführung des Planes gesprochen und dem von den Frauen vorgeschlagenen Vorgehen zugestimmt. Am Schlusse des Manifestes wird der Überzeugung Ausdruck verliehen, daß in einem großen Teil der Bevölkerung der neutralen Staaten das Verlangen, unfruchtbare Unparteilichkeit in tätiges Wohlwollen umzuwandeln, immer stärker werde, und daß daraus den Regierungen die Pflicht erwachse, in diesem Sinne zu handeln. Das Manifest wurde an die Regierungen der neutralen Staaten von den Vereinigten Staaten aus versandt, wo sich die Delegierten zur Beratung versammelten. Diese Bemühungen bürgerlicher Frauen, die noch einen Funken Menschlichkeit und des gesunden mütterlichen Abscheus gegen alles Blutvergießen bewahrt haben, verdienen unsere rege Sympathie. Als Sozialistinnen schätzen wir freilich den praktischen Wert solcher Audienzen und Ministerunterredungen anders ab als die bürgerlichen Friedensfreundinnen. Wir wissen, daß, solange in den kriegsführenden wie in den neutralen Staaten mächtige Gruppen bestehen, die an der Weiterführung des Krieges ein Interesse haben, keine Deputationen und keine Ministerkongresse den Frieden nur um einen Tag beschleunigen werden. Für uns gilt es, jene Klassen und Schichten in allen Völkern bewußt und kräftig zu machen, deren Lebensinteresse einen raschen, auf Verständigung und Freundschaft aufgebauten Frieden gebietet.

Die Minderheit in der französischen Partei läßt sich durch den Ausfall des Parteikongresses keineswegs beirren. In der französischen Partei treten zurzeit drei Strömungen deutlich in Erscheinung: die nationalistische Rechte, die bisher die Mehrheit besaß und unbedingt für Krieg, Ministerialismus und nationalen Bloß eintritt; die täglich wachsende gemäßigtere Opposition, die sich um die Genossen Longuet und Pressmane schart, zwar die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen wünscht, aber sich von der Phrase der nationalen Verteidigung einfangen läßt. Sie ist es, die auf dem Kongreß jene konfuse Kompromißresolution zur Annahme brachte, die in Wirklichkeit der nationalistischen Rechte das Heft aufs neue in die Hand drückt. Die dritte Gruppe sammelt sich um Bourderon und Merrheim; sie steht auf dem Boden der Zimmerwalder Beschlüsse und ist die einzige, die für die sozialistische Friedensarbeit ernsthaft in Betracht kommt. Ihr Einfluß in den führenden Kreisen ist noch verschwindend klein, in den Arbeitermassen wächst er dagegen von Tag zu Tag. Verschiedene Provinzialblätter vertreten mehr oder minder klar, mehr oder minder energisch diesen Standpunkt. Bezeichnend für die Gedankengänge der Opposition sind Ausführungen, die das Parteiblatt in Limoges, „Populaire du Centre“, machte als Antwort auf die Angriffe der bürgerlichen Presse. Das Blatt fragt: „Müssen Parteien, die sich in jedem Lande um gleiche Prinzipien gruppieren mit dem Streben nach dem allgemeinen Ideal, sich gegenseitig ignorieren und dadurch ihre Aktion zur Machtlosigkeit verurteilen, oder müssen sie im Gegenteil ihre Kräfte vereinen, um sich einem Ziel zu nähern, das sie getrennt niemals erreichen werden? Wenn der Sozialismus möglich ist, ist er es nur international. Es gibt keinen französischen Sozialismus, keinen deutschen, keinen russischen Sozialismus, es gibt nur den Sozialismus. Daran hat der Krieg nichts geändert. Und wenn wir denken, daß unsere Lehre nicht nur verwirklicht werden kann, sondern auch eine absolute Notwendigkeit am Ende der kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft ist, bleiben wir, was wir auch gestern waren, an eine Treue gebunden, in der unser Herz und unser Verstand volle Genugtuung finden. Wir rufen mit all unsern Wünschen den nahen Tag herbei, wo die Sozialisten aller Länder, treu ihren Traditionen und dem edlen Ziel, das sie ihren heroischen Kämpfen gesetzt haben, sich vereinigen werden, nicht heimlich, außer wenn man sie dort verpflichtet, um angesichts der ganzen Welt kraftvoll auf die schrecklichen Seiten des Buches der Geschichte zu schreiben, die sich gegenwärtig in diesen Stunden der Gewaltthaten, der Trauer und der Verzweiflung wenden. — Wir können nicht die verlorene Zeit zurückgewinnen, aber wir dürfen nicht fortfahren, Zeit zu verlieren.“

Bezeichnend für die Gesinnung weiter Arbeiterkreise in Frankreich ist auch der Neujahrsgruß, den der Leiter der *Vie Ouvrière*, Ronatte, dem Redakteur des in Paris erscheinenden russischen Sozialistenblattes, „*Rascha Slovo*“, Trotky, sandte und

allen russischen Revolutionären, die dem Sozialismus und der Internationale treu blieben. Er lautete: „In Frankreich darf man die für den Frieden wirkenden Kräfte nicht nach dem traurigen Ergebnis des Sozialistentages beurteilen. Die sozialistische Partei bringt nicht die wahren Gefühle des französischen Volkes zum Ausdruck. Die Arbeiter- und Landbevölkerung, die leidet und stirbt, hat nicht die Kraft, aus sich heraus zu handeln. Aber sie begreift immer mehr den wahren Charakter des blutigen Dramas, das Europa in ein Blutmeer verwandelt. Dem Befolge Bourderons werden sich viele zerstreute Elemente anschließen, die im Schoß der Internationale nicht nur für den Frieden der Völker, sondern auch für die Erlösung des Proletariats zu kämpfen entschlossen sind. Deshalb keine unnütze Traurigkeit!“

Die entschiedene Opposition vor allem in den syndikalistischen Gewerkschaften, in der *Confédération Générale du Travail*, ist in dem *Comité d'Action Internationale* verkörpert. Hinter diesem Komitee steht die Mehrheit des Metallarbeiterverbandes, der Bauarbeiter des *Seine-Departements* sowie starke Gruppen der Erdarbeiter, Steinmetzen, Wurstbinder und andere mehr. Das Komitee verbreitet von Zeit zu Zeit Flugchriften unter dem Namen: Brief an die Abonnenten der „*Vie Ouvrière*“, die infolge Mangels an Mitteln eingegangen ist. In der neuesten Flugchrift wird scharf mit jenen Syndikalisten ins Gericht gegangen, die der Regierung Gefolgschaft leisten. Sie erinnert daran, wie die organisierten Arbeiter Frankreichs schon 1905, 1911, 1912, so oft ein Krieg drohte, gegen den Krieg Kundgebungen veranstalteten. Es fiel damals keinem ein, den Krieg als plötzlichen Überfall durch den deutschen Militarismus hinzustellen. Im Gegenteil, ausdrücklich wurde betont, daß der Krieg ein Zusammenprall „rivalisierender Imperialismen“ sei. Wenn die Patrioten heute recht hätten, so habe die sozialistische Arbeiterschaft bisher unrecht gehandelt. Und auch in Zukunft würden die Nationalisten dann recht haben. Die Niederwerfung und Verstümmelung Deutschlands würde den deutschen Militarismus vielleicht schwächen, jedoch nicht vernichten. Dies könne nur die deutsche Arbeiterklasse selbst. Die jetzige Auslegung des Krieges sei ein billiges Mittel, sich jeder Verantwortung zu entziehen. Man spreche sich selber von jeder Schuld frei, um den Gegner desto mehr zu belasten. Die Flugchrift schließt mit folgenden Worten:

Wir wollen nicht die Verantwortung Deutschlands verkleinern, dessen Panzerarmeen um so gefährlicher waren, als sie siegreich über eine gewaltige Militärmacht verfügten. Aber unsere und die englischen Nationalisten sind ihnen nichts schuldig geblieben.

Nach allem, was wir gesehen und getan haben, können wir nur sagen, daß der Zusammenstoß rivalisierender Imperialismen den Krieg hervorrief, und wir weigern uns entschieden, uns mit den Regierenden, die alle ihren Teil der Verantwortung tragen, zu identifizieren. Und wenn wir so die amtliche Auslegung des Krieges nicht annehmen und deshalb Deutschenfreunde genannt werden, dann geben wir die Antwort, die Noth Abeltz namens der *Waliser Bergarbeiter* den *Jingos* gab: „Wir sind nicht Deutschenfreunde, wir sind aber die Arbeiterklasse.“

Pariser Frauen für den Frieden. Am 2. Januar versammelten sich ungefähr 1500 Frauen, Ehefrauen eingezogener Mitglieder des *Seemannsverbandes*, in der großen Halle des Pariser Gewerkschaftshauses, um ihre monatlichen Unterstüßungsbeiträge von seiten der Gewerkschaften entgegenzunehmen. Sebastian Faure hielt eine eindrucksvolle Ansprache zugunsten des Friedens, die begeisterten Beifall fand, und es wurde einstimmig ein den Frieden fordernder Beschluß gefaßt. Sebastian Faure ist daraufhin vom Minister des Innern vorgeladen worden und es wurde von ihm verlangt, die Friedensagitation weiterhin nicht fortzusetzen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der sozialistische Frauentag in Oesterreich. Die österreichischen Genossinnen haben im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Partei beschlossen, auch heuer den Frauentag abzuhalten. Er wird in der Zeit vom 12. bis 26. März durch Versammlungen begangen, wie sie im Rahmen des geltenden Rechtszustandes möglich sind. Die Herausgabe eines Agitationsblattes: „Der Frauentag“ ist ebenfalls beschlossene Sache. Die Genossinnen aller Länder werden das Vorgehen der österreichischen Schwestern freudig begrüßen. Es ist ein hoffnungsvolles Anzeichen des drängenden Willens für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und seine volle Befreiung durch den Sozialismus zu wirken. Allen Räten, Schwierigkeiten und Hemmungen der furchtbaren Kriegszeit zum Trotz.

Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen.

Textilarbeiterlöhne in Aachen. In der Textilindustrie Aachens sind in ruhigen Zeiten 13 500 Personen beschäftigt, jetzt vielleicht nur noch 9500. Weit über die Hälfte davon sind Frauen und Mädchen. Wie die Aachener Textilarbeiterschaft lebt, darüber gibt eine kleine statistische Aufschluß, die vom Deutschen Textilarbeiterverband aufgenommen worden ist. Wenn sie auch nur einen kleinen Teil der gesamten Textilarbeiterschaft erfaßt hat, so lassen doch diese Stichproben Rückschlüsse für die Gesamtheit zu. So hatten zum Beispiel in vier aufeinanderfolgenden Wochen in der Zeit vom 24. Oktober bis 20. November des nun verfloffenen Jahres 106 Weber und Weberinnen zusammen ein Einkommen aus Arbeitsverdienst von 8242,85 M. Die Versicherungsbeiträge sind von diesem Einkommen abgerechnet, etwa gewährte Feuerungszulagen aber hinzugezählt worden. Nach diesem Gesamteinkommen entfiel im Durchschnitt auf jeden einzelnen 77,76 M. in vier Wochen oder 19,44 M. die Woche. Die in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen haben durchweg Familien zu ernähren. Das gemeinsame Arbeitseinkommen von 150 Stöpperinnen betrug in den vier Wochen 3572,80 M., das ist für jede einzelne im Durchschnitt 23,80 M. oder 5,95 M. die Woche. Rechnen wir das Arbeitseinkommen der 256 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammen, so ergibt sich für die vier Wochen eine Summe von 11 815,65 M., das macht im Durchschnitt pro Person 46,16 M. oder 11,54 M. die Woche. Die Weber und Weberinnen arbeiten entsprechend der Bundesratsverordnung an fünf Tagen der Woche, die Stöpperinnen wegen Mangel an Arbeit noch weniger.

Das Einkommensbild der Aachener Textilarbeiterschaft wird nicht günstiger, wenn wir die Löhne der Appreturarbeitern mit einrechnen würden. Genaue Zahlen darüber liegen uns im Augenblick nicht vor, aber es ist bekannt, daß die Aachener Appreturarbeiters Stundenlöhne von 20 bis 30 Pf. haben, und daß nur die wenigsten den Satz von 30 Pf. erhalten. Wie die Aachener Textilarbeiterschaft bei ihrem kargen Verdienst und der herrschenden Teuerung darben muß, braucht nicht erst geschildert zu werden. Sogar das Sattessen an Kartoffeln wird bei den hohen Preisen für viele großer Luxus. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung Preußens und die Gemeinde Aachen sich auf ihre Aufgaben besinnen, den Notleidenden eine Hilfe zu sichern, die ein Recht und keine Gnade ist.

L. K.

Frauenbewegung.

Die sechste Generalversammlung des katholischen Frauenbundes hat vom 6. bis 8. Januar in Berlin stattgefunden. Soweit bis jetzt Berichte über diese Tagung vorliegen, ist zweierlei beachtenswert. Die Entschiedenheit, mit der die organisierten katholischen Frauen das Recht „als Mitgestalterinnen am neuen Deutschland“ fordern. Die große Beachtung, die von aller Art Behörden und Vertretungen des Reiches der Generalversammlung geschenkt worden ist. Der katholische Frauenbund ist zu einer angesehenen sozialen Macht geworden, deren stark aufsteigende Entwicklung von den offiziellen Gewalten in Deutschland wenigstens geahnt, zum Teil auch schon klar erkannt wird. Das alles trotz der bloß 90 000 Mitglieder, die diese Organisation umfaßt, und die sich bescheiden ausnehmen neben der halben Million, die in dem Bund deutscher Frauenvereine zusammengeschlossen sind. Bis heute ist allerdings diese halbe Million organisierter Frauen von den Trägern und Vertretern des Reiches, der Einzelstaaten usw. noch nie in der gleichen Weise als Macht geehrt worden, wie der katholische Frauenbund, obgleich es ihre Führerinnen wahrhaftig bei keiner Gelegenheit an der Befundung ergebenster „guter Gesinnung“ haben fehlen lassen.

Der Gegenfah springt in die Augen und seine Ursachen sind un schwer zu erkennen. Die nichtkatholischen bürgerlichen Frauenvereinigungen gehören ihrem Wesen nach zu den liberalen Parteien, werden von diesen aber immer noch als ungebetene Gäste betrachtet, deren leise gestammelte Witten man mit kleinen Almosen stillt. Die geschichtliche Entwicklung der bürgerlichen Bevölkerungsschichten zieht wie dem Liberalismus überhaupt so auch diesen Vereinigungen den festen Boden einer geschlossenen Weltanschauung mehr und mehr unter den Füßen weg und verfrachtet die Interessengegensätze zwischen den einzelnen sozialen Gruppen. Im katholischen Frauenbund ist dagegen die einheitliche religiöse Weltanschauung zurzeit noch eine lebendige Macht, die solche Interessengegensätze in den Hintergrund drängt und die Energien zusammenballt. Hinter dem Bund steht eine starke politische Partei: das Zentrum, das die Anpassungsfähigkeit der katholischen Kirche an

neue, unaufhaltbare Entwicklungsergebnisse besitzt. Schließlich hat der katholische Frauenbund den Segen des Papstes erhalten, er erfreut sich der Sympathie und Unterstützung deutscher kirchlicher Oberhirten. Es ist bekannt, wie schwer das heute in die Waagschale fällt, wo bestimmte soziale Erscheinungen den Einfluß der katholischen Kirche erhöhen.

Was die Entschiedenheit anbetrifft, mit der der „Bund“ Frauenrechte heischt, so muß sie mit dem bekannten Körnchen Salzes aufgefaßt werden. Wir dürfen diese Entschiedenheit nicht messen an unseren eigenen grundsätzlichen Forderungen als Sozialistinnen, wir müssen sie verstehen im Zusammenhang der religiösen Weltanschauung, der die katholischen Frauen anhängen. So betrachtet, ist der Fortschritt im Aussprechen und Auftreten unerkennbar. Er kam schon in der Bezeichnung zum Ausdruck, unter der die einzelnen Verhandlungsgegenstände der „Kriegstagung“ zusammengefaßt waren: „Die Frau als Mitgestalterin am neuen Deutschland“. Die Referate zu den verschiedenen aufgerollten Fragen ließen mehr oder weniger klar und bestimmt erkennen, daß unter dem Recht und der Pflicht zur Mitgestaltung ein anderes verstanden wurde, als lediglich das Schalten und Walten der Gattin und Mutter am häuslichen Herde; die gleichberechtigte Mitarbeit in der Öffentlichkeit, am gesamten Leben und Weben der Allgemeinheit. Die Vorsitzende der Generalversammlung, Fräulein Dransfeld, erklärte unter anderem: „Der Einfluß der Frau auf das kulturelle Leben bestand schon immer, aber er vollzog sich in unsichtbaren Kanälen. Heute ist die Frau an die Öffentlichkeit getreten, und darum muß sie nicht nur in der Familie, sondern auch in der Öffentlichkeit an allen Aufgaben der Zukunft mitwirken. ... Das alte Frauenideal soll beibehalten bleiben, doch sein Wert muß erhöht werden. Ehrfurcht soll sich mit gerechtem Selbstbewußtsein paaren. Die Frau muß weiter neue Pflichten erfüllen gegenüber ihrer Familie, in der Betätigung für das Volks- und Staatsgange und nicht zuletzt auch gegen Gott.“

Bestimmter äußerte sich Fräulein Dr. Lauer über die Gleichberechtigung der Frau in der Gemeindeverwaltung. Sie stellte fest, wie nötig und nützlich die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde ist, aber auch, daß gesetzliche Bestimmungen ihre Mitarbeit hindern. Der Zwang der Verhältnisse, die der Krieg schuf, hat bewirkt, daß trotz solcher Bestimmungen die Frauen zur Mitwirkung auf kommunalem Gebiet herangezogen werden mußten. Fräulein Dr. Lauer leitete aus diesem Tatbestand die Forderung ab: „Wenn nach dem Kriege aus dem Volke wieder das Volk der Denker wird, muß für die gesetzliche Korrektur gesorgt werden.“ Die Vertreter des Reichskanzlers und des preussischen Kultusministeriums hatten die Mitarbeit der Frauen im allgemeinen anerkannt und namentlich die Leistungen der katholischen Frauen auf dem Gebiet der Jugendzuehung gefeiert. Wir sehen trotzdem ein großes Fragezeichen hinter die Hoffnungslosigkeit, daß Reichskanzler, preussische Minister und andere Herrschaften sich demnächst auch nur zu der bescheidenen Forderung des allgemeinen kommunalen Frauenwahlrechts bekehren würden.

Vorträge und Diskussionsreden über die Mitarbeit der Frau zur „Hebung der Volksmoralität“ scheinen von einer scharf ausgeprägten katholischen Welt- und Lebensauffassung getragen worden zu sein. So der Vortrag von Frau Gnaud-Kühne über den Kampf gegen sittliche Mißstände im öffentlichen Leben und der des Stiftsprobsts Dr. Kaufmann über das Bevölkerungsproblem im Lichte der katholischen Weltanschauung. Frau Gnaud-Kühne bezeichnete als aussichtsreichsten Weg im Kampfe gegen sittliche Mißstände im öffentlichen Leben die Selbsthilfe der Frauen durch die Organisation. Es sei zu erwägen, ob der katholische Frauenbund bei notwendigen Aktionen nicht alle deutschen Frauen, die des gleichen guten Willens sind, zum gemeinsamen Vorgehen aufrufen solle. Die Antwort darauf aus dem Lager der nichtkatholischen bürgerlichen Frauenrechtlerinnen gab Fräulein Dr. Bäumer. Sie betonte in der Diskussion, daß in Sittlichkeitsfragen Frauen verschiedener Weltanschauung zusammenwirken können. Da Fräulein Bäumer die Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine ist, verdient ihre Erklärung Beachtung. „Paris ist eine Messe wert.“ Hervorgehoben sei noch, daß Frau Neubauer auf die wirtschaftlichen Seiten des Bevölkerungsproblems hinwies. Sie forderte vom Staate, daß er durch Wohnungsreform und Steuererleichterungen die Familien geneigter mache, mehr Kinder zu ziehen.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Petkin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. D. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.